

Zürcher Sparpaket verärgert vor allem Mittelschullehrer

Der Kanton muss insgesamt 1,8 Milliarden Franken sparen - mit teils unpopulären Massnahmen.

Tags - Anzeiger, 14.4.2016

Daniel Schneebeli

Im Januar veranstalteten Zürcher Gymnasiasten mit ihren Lehrern einen Tag der Bildung. Sie versuchten damit, drohende Sparmassnahmen in den Mittelschulen abzuwenden. Nun ist klar, die Aktion hat wenig gebracht. Gestern hat der Zürcher Regierungsrat ein Sparpaket mit 125 Massnahmen präsentiert, mit denen der Haushalt um 1,8 Milliarden Franken verbessert werden soll. Darunter sind auch einige, die insbesondere für Mittelschullehrer schmerzhaft sind. So sollen die Pensen der Sprachlehrer auf jene der Mathematiklehrer angehoben werden, und den Lehrerinnen und Lehrern soll der Lohn gestrichen werden, wenn ihre Schüler in den externen Hauswirtschaftskursen sind. Bisher werden die Mittelschullehrer auch für die ausfallenden Stunden entschädigt.

Der Verband der Mittelschullehrer reagierte verärgert. Es gebe keinen sachlichen Grund für die Pensenerhöhung. Das Gegenteil sei überfällig. Sowohl Arbeitszeitstudien als auch das Verwaltungsgericht gelangten zum Schluss, dass eine Reduktion der Lektionenverpflichtung überfällig sei. Mit dem geplanten Abzug von ausfallenden Lektionen werde «Vertrauensarbeit» ohne Not infrage gestellt. Die Schulleiter betonen, dass den Lehrern mit der Entschädigung für ausfallende Lektionen Arbeiten vergütet würden, die zu ihrem Berufsauftrag gehörten. Sie befürchten durch die Sparmassnahmen einen «irreversiblen

Schaden» für die Mittelschulen. Gleichzeitig machen die Rektoren aber auch eigene Sparvorschläge, etwa die temporäre Erhöhung der Klassengrössen oder die Sistierung von Ehemaligenbefragungen. Sparen würden sie auch bei der Schulentwicklung.

Prämienverbilligung kürzen

Neben den Sparaufträgen an die Mittelschulen sind weitere Massnahmen umstritten. So will der Regierungsrat rund 70 Millionen Franken kantonale Kosten auf die Gemeinden abschieben. Etwa bei der Entlohnung der Schulleiter oder

Kantonaler Finanzhaushalt

Kommentar: Dem Kanton Luft abgelassen. - Seite 2

125 Massnahmen: So spart sich Zürich gesund. - Seite 17

beim Finanzausgleich. 140 Millionen will er bis 2019 bei den Prämienverbilligungen sparen. So sollen künftig nur noch 70 statt 80 Prozent des maximalen Bundesanteils ausbezahlt werden. Unter dem Titel «Sparen auf dem Buckel der Einkommensschwachen» kritisiert die Caritas den Regierungsrat. Er nehme ein höheres Armutsrisiko in Kauf.

Weiter sollen zusätzliche Einnahmen zur Gesundung der Kantonsfinanzen beitragen, etwa ein neuer Seezuschlag von 5 Franken für Schifffahrten auf dem Zürichsee. Dies soll total 4,5 Millionen Franken einbringen.

Taps - Muriel, 14.4.2016

Einsparungen und Zusatzeinnahmen von 1524,8 Millionen Franken bis 2019

Bau 39,6 Mio. Fr.
 Justiz und Inneres 50,0 Mio. Fr.
 Volkswirtschaft 99,5 Mio. Fr.
 Bildung 112,8 Mio. Fr.
 Sicherheit 132,0 Mio. Fr.
 alle Departemente 208,3 Mio. Fr.
 Finanzen 374,5 Mio. Fr.
 Gesundheit 508,1 Mio. Fr.

Kostensenkung für Bauten 11,1 2,1* z. B. Stopp des Energieförderungsprogramms	Einsparungen bei Bauprojekten 26,4 z. B. Stopp des Energieförderungsprogramms	Kantons-polizei 13,0	Sozialamt 119,0 z. B. Einstellung der dezentralen Drogenhilfe (13,5 Mio.) Senkung der Beiträge bei den Zusatzleistungen zur AHV/IV (4 Mio.) Stabilisierung der Beiträge an Invalideneinrichtungen (33 Mio.)	Psychiatrische Versorgung 39,9 z. B. öfter ambulant statt stationär behandeln	Verminderung Beiträge an die Krankenkassenprämien 140,2
Kantonaler Finanzausgleich 50,0 z. B. höhere Abschöpfung bei finanzstarken Gemeinden oder tiefere Zuschüsse an finanzschwache Gemeinden	Senkung des Personalaufwands 81,7 z. B. Betrag für individuelle Lohnerhöhungen wird um 0,4 Prozent gesenkt Verzicht auf die Budgetierung von Einmalzulagen	Übrige Mehrbelastungen gegenüber Budget 2015 kompensieren 126,6 Verbesserung gegenüber KEF 2016 bis 2019: Direktion der Justiz und des Inneren: 23,3 Mio. Finanzdirektion: 14 Mio. Volkswirtschaftsdirektion: 6,1 Mio. Gesundheitsdirektion: 3,1 Mio. Bildungsdirektion: 67,1 Mio. Baudirektion: 13 Mio.	Somatische Akutversorgung und Rehabilitation 328,0 mehr ambulante statt stationäre Behandlungen (14 Mio. inkl. Psychiatrie)	Abgabe der Spitäler für Zusatzversicherte Patientinnen und Patienten (74 Mio. inkl. Psychiatrie)	Mehrjährige Verträge mit konstanten Spitaltarifen (130 Mio.)
Verschiedene Massnahmen bei der Finanzierung des ÖV 99,5 z. B. Seezuschlag im ZVV von 5 Fr. (1,5 Mio.) Abstriche bei Erweiterung des ZVV-Angebots (4 Mio.)	Auslagerung der kant. Verlustscheine 12,0	Überprüfung Zinsaufwand 50,1 z. B. verzögerter Anstieg des Zinsniveaus künftig geringere Kapitalaufnahme	Entwicklung der Steuererträge 72,0	Steuerliche Begrenzung des Arbeitskostenabzugs 89,0 Abzug wird auf 3000 Fr. begrenzt	
Berufsbildung 34,0 z. B. Aufhebung der kantonalen Lehrwerkstätten	Volksschulen 35,2 z. B. Aufhebung des Staatsbeitrags für das Fach Religion & Kultur (pro Jahr 1,2 Mio.)	Verzinsung von Fonds im Fremdkapital 15,4	Beschränkung des Arbeitswegkostenabzugs 21,0		
Mittelschulen 43,6 z. B. Erhöhung der Pflichtpensen für Sprachlehrer von 22 auf 23 – wie bei den anderen Fächern (4 Mio. pro Jahr)	Interkantonaler Finanzausgleich 25,0	Dividendenzahlung der EKZ 90,0			

* Natur- und Heimatschutzprojekte

TA-Grafik mrue / Quelle: Kanton Zürich, TA

So spart Zürich

Die Regierung präsentiert 125 Massnahmen, mit denen sie den Finanzhaushalt bis 2020 um 1,8 Milliarden entlasten will. Zahlen sollen auch die Gemeinden und die Steuerzahler.

Daniel Schneebeli

Nun ist die Katze aus dem Sack. Der Regierungsrat ist gestern in Zürich vollzählig vor die Medien getreten, um sein Sparpaket zu präsentieren. Grund: Für den mittelfristigen Ausgleich des Finanzhaushalts von den Jahren 2013 bis 2020 fehlen 1,8 Milliarden Franken. Um diesen Betrag muss also die Finanzplanung verbessert werden.

Draussen vor dem Medienzentrum standen einige linke Aktivisten mit Megafonen und einem Transparent «Schluss mit dem Kürzen! Das Geld dort holen, wo es ist!». Sie würden es bei den reichen Unternehmern holen.

Der Regierungsrat hingegen will sparen. Mit 125 Massnahmen zur Verbesserung des Haushalts greift er zwar in alle staatlichen Bereiche ein. Doch gemäss Finanzdirektor Ernst Stocker (SVP) hat die Regierung darauf geachtet, dass keine wichtigen und guten Leistungen abgebaut werden. «Wir wollen keine Rückwärtsfahrt in die Steinzeit einläuten», sagte der Regierungspräsident.

Auch mehr Einnahmen geplant

Die Auswirkungen der Massnahmen in Franken und Rappen hat der Regierungsrat für die Jahre 2017 bis 2019 aufgelistet. Sie ergeben gut 1,5 Milliarden Franken. 2020 sollen sie die Finanzplanung um nochmals knapp 300 Millionen Franken verbessern. 76 Prozent der Saldoverbesserung erzielt das Sparpaket mit dem Namen Lü16 (Leistungsüberprüfung) mit reinen Sparmassnahmen. 12 Prozent werden durch höhere Steuer-

einnahmen erzielt, 12 Prozent durch andere Ertragssteigerungen - unter anderem soll bei den Gemeinden mehr Geld eingetrieben werden, etwa beim Finanzausgleich. Dort will der Regierungsrat 50 Millionen Franken herausholen. Entweder indem er mehr finanzstarke Gemeinden zur Kasse bittet oder indem er die Zahlungen an finanzschwache Gemeinden reduziert. Total tragen die Gemeinden 5 Prozent an die Haushaltssanierung des Kantons bei.

Eine Steuererhöhung, wie sie der Regierungsrat im Jahr 2004 vorgeschlagen hat, fasst der Regierungsrat nicht ins Auge. Allerdings hat er aufgrund von Steuereinnahmen, die über den Erwartungen liegen, die Prognosen angepasst. Bis 2019 rechnet der Regierungsrat mit einer Zunahme der Steuereinnahmen von rund 2,6 Prozent oder von 175 Millionen Franken.

Personal muss mithelfen

Einen generellen Beitrag soll auch das Staatspersonal leisten, für die Angestellten werden bis 2019 keine Einmalzulagen mehr budgetiert, zudem werden für individuelle Lohnerhöhungen nur noch 0,4 statt 0,6 Prozent der gesamten Lohnsumme bereitgestellt. Zu Stellenabbau im grossen Stil oder gar zu Entlassungen soll es aber laut Stocker nicht kommen.

Den grössten Beitrag muss die Gesundheitsdirektion leisten. Bis 2019 sind es über 500 Millionen Franken. Einen grossen Teil hat Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP) allerdings schon herausgeholt. In den Verhandlungen zwischen den Spitälern und den Kran-

kenkassen konnten tiefere Fallpauschalen als erwartet vereinbart werden. Damit spart der Kanton 130 Millionen. Weiter will er auch bei den Prämienverbilligungen ansetzen (siehe Seite 19).

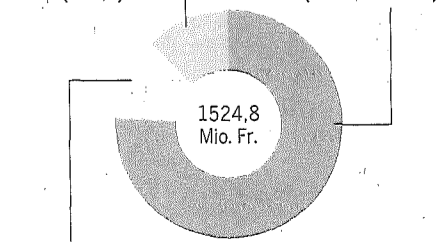
Mittelschullehrer betroffen

Vergleichsweise moderat kommt die Bildung weg, obwohl sie den grössten Kostenblock im kantonalen Haushalt ausmacht. Total werden die Massnahmen aus der Bildungsdirektion 100 Millionen Franken Entlastung bringen. Am meisten werden dies die Mittelschullehrerinnen und -lehrer zu spüren bekommen. So wird das Pflichtpensum der Sprachlehrer um eine Lektion pro Woche auf 23 Lektionen angehoben, das ist das Niveau der Mathematiklehrer. «Es gibt

Wie die Saldoverbesserung zustande kommt

Saldoverbesserung 2017-2019

Übrige Ertragssteigerungen 12% (183,1) Aufwandminderungen 76% (1159,7 Mio. Fr.)



Höhere Steuereinnahmen bei gleichbleibendem Steuerfuss 12% (182,0 Mio. Fr.)

TA-Grafik mrue / Quelle: Kanton Zürich

keinen Grund für das unterschiedliche Pensum», sagte Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP). Gestrichen wird den Lehrpersonen auch der Lohn für jene Lektionen, die während der «Husi» ausfallen. Bisher werden sie auch bezahlt, wenn ihre Schüler in den Hauswirtschaftskursen von anderen Lehrern betreut sind. Zu reden geben wird auch der Vorschlag, die Schulleiter in der Volksschule vollständig zu Gemeindeangestellten zu machen. Derzeit zahlt der Kanton rund 20 Prozent an ihre Löhne. Weiter sollen die kantonalen Lehrwerkstätten aufgehoben werden. Oder besser gesagt: Der Kanton will andere Trägerschaften für diese Institutionen suchen.

Energieförderung gestoppt

In den anderen Bereichen sticht die Einführung eines Seezuschlags von 5 Franken pro Schifffahrt hervor. Oder der Stopp des kantonalen Energieförderprogramms oder die Reduktion der Subventionen für das Opernhaus. Nicht mehr unterstützt werden soll die dezentrale Drogenhilfe. Und zu guter Letzt kommt der Regierungsrat auch einer SP-Forderung nach: Er will den Steuerabzug der Pendler reduzieren.

Welche Massnahmen am Ende umgesetzt werden, hängt auch vom Kantonsrat ab, denn jede dritte muss von ihm bewilligt werden, teils mit Gesetzesänderungen. Stocker erinnerte das Parlament daran, dass es die Massnahmen zwar verändern kann. Der Kantonsrat müsse aber dafür sorgen, dass der Gesamtbetrag unverändert bleibe.

Kommentar Seite 2



Kommentar Ruedi Baumann,
Redaktor Zürich, über das
Sparprogramm der Regierung.

Tages-Anzeiger, 17. 4. 2016

Dem Kanton Luft abgelassen

1,8 Milliarden Franken muss der Kanton sparen bis 2020. Das tönt dramatisch. Und prompt teilte das Staatspersonal mit: «Die Schmerzgrenze ist erreicht.» Und: «Sparen auf dem Buckel der Angestellten.»

Von knallhartem Sparen und einem Kahlschlag kann bei diesem Programm aber nicht die Rede sein. Die 1,8 Milliarden wurden zum Teil mit mehr oder weniger fantasievollen Kniffs erreicht, die mit Sparen nicht viel zu tun haben: Zum Beispiel hat der Regierungsrat einfach die Steuereinnahmen höher budgetiert oder den Gemeinden Kosten überwältigt. Beim Zusammenkratzen der 1,8 Milliarden hat die Regierung mit «Luft ablassen» erstaunlich viel erreicht. Wie jedes Staatswesen hat auch der Kanton Zürich permanent zu hoch budgetiert. 800 Millionen Franken sind in den letzten vier Jahren überbudgetiert worden. Diese Rechnung stammt pikanterweise von der SP.

Man fragt sich vielmehr: Weshalb wurden gewisse alte Zöpfe nicht schon viel früher abgeschnitten? Zum Beispiel die volle Bezahlung von Mittelschullehrern, während ihre Schüler extern Hauswirtschaftskurse besuchen? Oder eine Senkung des Pendlerabzugs? Oder die eigentlich selbstverständliche Angleichung der Pflichtpensen von Mittelschullehrern? Und weshalb braucht es drohende Milliardenschulden, damit eine Regierung kostentreibende Anforderungen an Spitäler überprüft? Oder die Polizei ihre Uniformen und Fahrzeuge gemeinsam mit anderen Korps beschafft?

Die Reaktionen auf das Sparprogramm zeigen, dass es gut austariert ist: Personal, Lehrerschaft, Gewerkschaften und die bürgerlichen Sparparteien sind alle gleich unzufrieden. Auf der einen Seite wird den Elektrizitätswerken eine Gewinnausschüttung aufgezwungen, auf der anderen Seite werden dem Personal Zulagen und Lohnerhöhungen gestrichen.

Ausgelöst wurde das Sparpaket letztlich durch über zehn Steuersenkungen seit 1997. Und das ist unschön. Dadurch entgehen dem Kanton pro Jahr rund 1,2 Milliarden. Vor diesem Hintergrund ist die Unzufriedenheit der 30 000 kantonalen Angestellten zu verstehen: Regelmässig müssen sie beim Lohn Abstriche machen, von einem Teuerungsausgleich nicht zu reden.